Brandspur aus dem Wedding

Führte eine rechtsextreme Provokation in Berlin zum Angriff auf die deutsche Botschaft?

Vielleicht hätten die Richter des Berliner Verwaltungsgerichts es besser wissen können – nach den Ausschreitungen radikaler Muslime in Bonn und Solingen. Aber als Mitte August die Gruppe „Pro Deutschland“ Kundgebungen vor Berliner Moscheen plante, lehnte das Gericht einen Eilantrag ab, der ihr verbieten sollte, Mohammed-Karikaturen auf der Demonstration zu zeigen. Es fehle „an der für ein polizeiliches Einschreiten erforderlichen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“, so die Verwaltungsrichter.

CHRISTIAN JUNGEBLODT / LAIF

Demonstration von „Pro Deutschland“ im August in Berlin: *„Geistige Brandstiftung“*

Die Einschätzung des Gerichts schien sich zunächst zu bewahrheiten. Gerade einmal einige Dutzend Rechtsextreme marschierten am 18. August vor einer Moschee im Berliner Stadtteil Wedding sowie zwei weiteren Gotteshäusern in Neukölln auf und schwenkten ein paar Karikaturen des Propheten. Hunderte demonstrierten dagegen.

Doch es gab eine Art Zeitzünder: Die öffentliche Gefahr entstand Wochen später und mehr als 4000 Kilometer entfernt, in der sudanesischen Hauptstadt Khartum. Am ersten Freitag im September nahmen radikale Prediger die Juristen in ihre Gebete auf. Sie hetzten gegen die Ungläubigen, die Entscheidung aus Berlin. Vier Tage später, am 11. September, beschlossen islamische Gruppen eine Demonstration vor der deutschen Botschaft. Sie verabredeten, nach dem Freitagsgebet dort ihren Zorn zu entladen.

Die Sicherheitsbehörden in Deutschland halten es für gut möglich, dass der Protestzug in Berlin der Auslöser für den Sturm auf die deutsche Botschaft im Sudan am vergangenen Freitag gewesen sei. Und sie befürchten Gewalttaten auch in Deutschland. Das Bundeskriminalamt (BKA) warnt in einem vertraulichen Lagepapier, es seien gewalttätige Aktionen „bis hin zu terroristischen Anschlägen einzukalkulieren“. Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD) hat die Sicherheitsvorkehrungen in seinem Bundesland „nochmals erhöht“.

Die rechtsextremen Aktivisten von Pro Deutschland legten nach ihrer Kundgebung vergangene Woche nach. Sie stellten die knapp 14-minütige Vorschau des islamverachtenden Videos „Innocence of Muslims“ auf ihre Internetseite – angeblich als Reaktion auf die Ausschreitungen in Ägypten und Libyen. Die Vorgänge seien „analog zu den Ausschreitungen gewalttätiger Salafisten in Solingen und Bonn“, teilte die Gruppe mit. Man wolle sich „im Kampf gegen die Islamisierung Deutschlands auch in Zukunft nicht einschüchtern lassen“.

Das BKA verschickte vergangenen Donnerstag einen Bericht über die aktuelle „Gefährdungslage“ deutscher Einrichtungen im In- und Ausland nach Berlin. Das dreiseitige Papier wies auf eine Erklärung des sudanesischen Außenministeriums hin, in der von einer „Zunahme der Beleidigungen des Islam in einigen westlichen Staaten“ die Rede sei.

Es sei damit zu rechnen, schrieben die Staatsschützer vom BKA in ihrer Bewertung, dass das islamfeindliche YouTube-Video eine „breite Mehrheit der Muslime“ erreichen und „empfindlich ansprechen wird“ – und zwar „über die bereits erfolgten Ausschreitungen in Ägypten, Libyen und Jemen hinaus“. Mit Gewalt bis hin zu Anschlägen sei zu rechnen. Zudem könnten sich Muslime in Deutschland aufgerufen fühlen, so das BKA, Aktionen gegen amerikanische und jüdische Einrichtungen zu starten.

Am Freitagmorgen bestellte das Auswärtige Amt vorsorglich den sudanesischen Botschafter in Berlin ein. Die Deutschen machten deutlich, dass sie erwarteten, die sudanesische Regierung werde die deutsche Vertretung in Khartum schützen. Wie wenig die dazu bereit oder in der Lage war, zeigte der weitere Verlauf des Freitags.

Mit Sorge betrachtete Innenminister Jäger die Bilder aus dem Sudan. „Ich bin entsetzt über den Hass der Salafisten“, sagt er und kündigt an, die „Protagonisten der salafistischen Szene in NRW ab sofort noch stärker ins Visier“ zu nehmen. Doch er gibt den Aktionen aus dem rechten Lager eine Mitschuld. „Pro Deutschland betreibt geistige Brandstiftung. Mit dem Zeigen des islamfeindlichen Schmähvideos werden die Muslime in Deutschland gezielt provoziert“, so Jäger.

Pro-Deutschland-Chef Manfred Rouhs weist den Vorwurf zurück. „Uns geht es um Kunst- und Meinungsfreiheit“, sagt er. Rouhs nimmt sich die Freiheit, den Film demnächst in voller Länge in Berlin zu zeigen.

Hubert Gude, Ralf Neukirch, Fidelius Schmid, Holger Stark